

Protokoll der 52. LSK vom 27.- 29. Mai 2011 im Sophie-Hedwig-Gymnasium Diez.

Freitag, 27. Mai 2011

- Beginn der LSK: 18.00 Uhr -

TOP 1:

- Begrüßung
- Feststellung der Beschlussfähigkeit

Mit 44 Delegierten ist die 52. LandesschülerInnenkonferenz leider nicht beschlussfähig.

- Beschluss der Tagesordnung:

*GO-Antrag auf Verlegung der Workshopphase auf 16:30 Uhr, dafür die Anträge um 10:30 Uhr
9 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen => abgelehnt*

Tagesordnung angenommen bei Mehrheit auf Sicht, 0 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Die Tagesordnung wird wie folgt angenommen:

- TOP 1: Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Beschluss der Tagesordnung, Wahl des Präsidiums, Zwischenbericht LaVo, Genehmigung des Protokolls der 50. LSK*, Genehmigung des Protokolls der 51. LSK,
- TOP 2: Anträge an die 51. LSK*
- TOP 3: Anträge an die 52. LSK
- TOP 4: Entlastungen der ausgeschiedenen AmtsträgerInnen
- TOP 5: Nachwahlen zum Landesvorstand
- TOP 6: Nachwahlen zur Bundesebene
- TOP 7: Nachwahlen zum Landesausschuss
- TOP 8: Sonstiges

Hinweis:

*Da die mit einem * gekennzeichneten Punkte der Tagesordnung von der 50. LSK vom 19.-21.11.2010 in Enkenbach-Alsenborn und der 51. LSK am 24.01.2011 in Mainz wegen Beschlussunfähigkeit vertagt wurden, ist die Zahl der anwesenden Delegierten gem. § 49 (1) Satz 2 des rheinland-pfälzischen Schulgesetz es für die Beschlussfassung zu diesen Punkten bei der 52. LSK nicht relevant.*

Nachwahl des Präsidiums

Es kandidieren für

- Präsident Stellvertreter/in: Lina Brüssel => einstimmig gewählt
- stellvertretende/r technische/r Assistent/in: Klara Mladinic => einstimmig gewählt

Zwischenbericht LaVo

Klara stellt den Zwischenbericht des Landesvorstands vor.

Diskussion über diesen.

Kritik zur Beschlussfähigkeit der LSK und der Basisarbeit des Landesvorstands.

Niklas nimmt Stellung für den LaVo

Plenum wird zum Abendessen geschlossen.

Plenum wird geöffnet, um zu besprechen, ob wir nach dem Abendessen noch mal ein Plenum öffnen, um die Anträge zu behandeln, die für heute angedacht waren. Vorschlag einstimmig angenommen.

Genehmigung des Protokolls der 50. LSK *

Änderungsanträge zum Protokoll der 50. LSK: keine

=> Das Protokoll wird bei Mehrheit auf Sicht, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Genehmigung des Protokolls der 51. LSK

Änderungsanträge zum Protokoll 51. LSK:

=> Meinungsbild: Das Protokoll wird bei Mehrheit auf Sicht, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

Vorstellung der Ämter

GO-Antrag: Verschiebung der Vorstellung auf morgen. Inhaltliche Gegenrede. Angenommen bei 15 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen.

=> Damit ist das Plenum geschlossen.

Samstag, 28. Mai 2011

Vorstellung der Workshops

Die ReferentInnen stellen ihren Workshop vor.

Präsentation der Workshop-Ergebnisse

Vorstellung Workshop 1 „Kritisches Denken“ von Sarah Zorn

Vorstellung Workshop 2 „Reform der Mainzer Studienstufe“ von Lukas Böhm

Vorstellung Workshop 3 „Frauenrollen in Schulbüchern und Lehrplänen“ von Klara und Lina

Vorstellung Workshop 4 „Grundrisse des Lernens“ von Leon

Go-Antrag auf Verschiebung des Mittagessens nach der Ämtervorstellung. Inhaltliche Gegenrede.

Dafür: 15, Dagegen: Mehrheit auf Sicht, Enthaltungen: keine

=> Der Go-Antrag wurde somit abgelehnt.

Mittagessen

Leo stellt die LSR Bayern vor

Vorstellung der Ämter

TOP 2: Behandlung der vertagten Anträge der 50. und 51. LSK

Satzungsändernder Antrag VS1: SKVoKo-Treffen

AntragstellerIn: Landesvorstand 09/10

Antragstext:

Ändere Paragraph 34. der Satzung der LSV in:

Die Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen sollen zum Zweck der Koordination und des Kontakts zum LaVo einen Vorstand wählen.

Es soll mindestens einmal im Schulhalbjahr an Treffen aller VorstandssprecherInnen und des Landesvorstand teilgenommen werden.

sowie Paragraph 21. d) in:

... der Kontakt zu den Kreis- und StadtschülerInnenvertretungen und den SchülerInnenvertretungen. Hierfür soll mindestens einmal im Schulhalbjahr ein Treffen mit allen KrSV/SSV-VorstandssprecherInnen einberufen werden.

Begründung: erfolgt mündlich

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 0; Enthaltung: 1

=> Antrag VS 1 ist angenommen

Satzungsändernder Antrag VS2: Aufgaben des Landesausschuss

AntragstellerIn: Landesvorstand 09/10

Antragstext:

Die LandesschülerInnenkonferenz möge folgenden satzungsändernden Antrag beschließen:

Ändere Punkt 29. der Satzung der LSV RLP in:

„Für den Fall des Ausscheidens einzelner Mitglieder aus dem LaVo oder der Bundesebene kann die LSK oder der LA Nachwahlen vornehmen, sofern zu diesem Punkt eingeladen wurde. Für den Fall des Rücktritts der Mehrheit des LaVos wählt der LA eine provisorischen LaVo, der die nächste LSK einberuft, auf der ein neuer LaVo gewählt wird.“

Ändere Punkt 42. der Satzung der LSV RLP in:

„Zu den Aufgaben des LAs gehört:

- a) Beratung und Unterstützung des LaVos;
- b) die Kontrolle der laufenden Arbeit des LaVos;
- c) die Nachwahl einzelner Mitglieder des LaVos oder der Bundesebene;
- d) die Bestätigung und Kontrolle des Arbeitsberichts, welchen der LaVo der LSK vorlegt;
- e) die Wahl eines provisorischen LaVos, sollte die Mehrheit des LaVos zurücktreten;
- f) die Beschlussfassung über den Haushalt und eventuelle Nachtragshaushalte der LSV.“

Ändere Punkt 39. der Satzung der LSV RLP in:

„Der Landesausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist und ordnungsgemäß eingeladen wurde. Die Einladung zu den Sitzungen des Landesausschusses ist schriftlich unter Angabe von Ort und Zeit sowie vorläufiger Tagesordnung mindestens eine Woche außerhalb der Ferien vor der Sitzung an die Delegierten zu versenden.“

Begründung: erfolgt mündlich

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 0; Enthaltung: 1

=> Antrag VS 2 ist angenommen

Antrag VA1: Unterrichtsausfall

AntragstellerIn: Sebastian Gräber, Patrick Simon, Marlene Schmahl

Antragstext:

Die LSK möge keine weiteren Aktionen gegen den Unterrichtsausfall an rheinland-pfälzischen Schulen unternehmen. Stattdessen soll sich die LSV dafür einsetzen, dass an allen Schulen viel-

fältige und interessante Möglichkeiten der Beschäftigung in der unterrichtsfreien Zeit zur Verfügung gestellt werden.

Begründung: Die Beseitigung von Unterrichtsausfall allein kann nicht die Übel des momentanen Schulsystems beseitigen. Alleine den Unterrichtsausfall zu kritisieren heißt, weder fehlende Demokratie, noch autoritäre Bewertungssysteme, noch das mehrgliedrige Schulsystem zu kritisieren, sondern eben nur, dass das jetzige System nicht korrekt arbeitet. Ganz im Gegenteil ist die persönliche Einstellung des Gros der SchülerInnen durchaus positiv zu außerplanmäßigen Freistunden und über ein wenig Freizeit im drögen Schulalltag durchaus froh. Das ist kein Zufall, denn klar ist, dass die meisten SchülerInnen eben nicht gerne in ihren jetzigen Unterricht gehen, gerade auch weil mensch dazu gezwungen wird, nicht mitbestimmen darf und sich zumeist eher mittelalterlich anmutenden Unterrichtsmethoden aussetzen muss. Dahingegen bleibt in Freistunden auch Zeit dafür, mit FreundInnen zu diskutieren, ein wenig abzuschalten und vielleicht ein Buch zu lesen, kurz: sich einfach auch mal mit dem zu beschäftigen, was einen gerade wirklich interessiert. Gerade in der Unter- und Mittelstufe bedeuten Freistunden, die dort ja Vertretungsstunden sind, auch eine Lehrerin/ein Lehrer vor sich zu haben, die/den mensch nicht kennt, und sich dort entweder mit sinnlosen Spielen à la Daumendrücker oder mit meist fachfremden Dingen auseinander zu setzen. Lernen ist nicht gleichbedeutend mit Unterricht (das gilt natürlich ebenso andersherum). Bis nicht eine Schule geschaffen ist, in der ein selbstbestimmtes und demokratisch organisiertes Lernen vollständig möglich ist, bleibt LehrerInnenmangel doch eher ein Phänomen, über das mensch allerlei tolle Statistiken anstellen, vor allem aber sich freuen kann.

Änderungsantrag von Philipp

Änderung des ersten Satzes des Antrags in
„ Die LSV möge keine weiteren Aktionen gegen kurzzeitigen Unterrichtsausfall...“
=> Der Änderungsantrag wird von den AntragstellerInnen angenommen

Go-Antrag auf Begrenzung der Redezeit auf 2 Minuten, Formale Gegenrede
Dafür: Mehrheit auf Sicht Dagegen: 2 Enthaltungen : 0
=> Redezeit ist auf zwei Minuten begrenzt

Go-Antrag auf Schließung der RednerInnenliste
Dafür: 22; Dagegen: 10; Enthaltungen: 1
=> Redeliste ist geschlossen

Ja: 24; Nein: 11; Enthaltung: 1

=> Antrag VA1 ist angenommen

Antrag VA2: MSS-Reform

AntragstellerIn: Sebastian Gräber, Patrick Simon

Antragstext: Die 50. LSK möge beschließen:

Die LandeschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz lehnt die geplante Reform der Mainzer Studienstufe grundlegend ab und setzt sich beispielsweise mit dem LAK Protest oder durch einen Zusammenschluss mit anderen Organisationen gegen die geplanten Reformen ein. Stattdessen fordert die LSV weiterhin eine freie Wahl der Fächerkombination in der Oberstufe, bei der alle Fächer gleich behandelt werden.

Begründung: Die vom MBWJK geplanten Reformen, die auf einen Beschluss der KultusministerInnenkonferenz zurückgehen, widersprechen stark den Forderungen der LSV. Nach den neuen Plänen wird die Wahl der Grund- und Leistungskurse stark eingeschränkt, sodass eine freie Wahl der

Kurse unmöglich wird. Besonders betroffen sind die Bereiche Kunst, Musik und Sport, sodass vor allem an diesen Dingen interessierte SchülerInnen in ihrer Ausbildung benachteiligt werden. Außerdem soll bei der Wahl bestimmter Kombinationen ein fünftes mündliches Prüfungsfach hinzugefügt werden, was Ungleichbehandlung und erschwerte Prüfungsbedingungen zur Folge hat. Die Wahl „einfacher“ und „unwichtiger“ Fächer wie Musik oder auch Sozialkunde wird stark erschwert, wohingegen die Wahl von Fächern wie beispielsweise Mathematik oder Physik eher gefördert wird. Die SchülerInnen werden somit in ihrer Wahlfreiheit und Individualität stark dadurch eingeschränkt, welche Fächer das Ministerium gerade für besonders „wichtig“ oder „förderenswert“ hält.

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 2; Enthaltung: 2

=> Antrag VA 2 ist angenommen

Antrag VA3: Gründung des LAK Basisarbeit

AntragstellerIn: LaVo 2009/10

Antragstext: *Die LandesschülerInnenkonferenz möge beschließen:*

Es soll der Landesarbeitskreis Basisarbeit gegründet werden. Er soll die Arbeit der Basisbeauftragten der jeweiligen Kreise und Städte und die Arbeit des Landesvorstandes unterstützen, indem er engagierten SchülerInnen eine Plattform zu Vernetzung der Basisbeauftragten bietet und Mobilisierungsmethoden vermittelt.

Begründung: Seitdem die LSV RLP eine Vertretung für alle SchülerInnen weiterführender Schulen ist, ist Basisarbeit zu einem noch wichtigeren Thema geworden. Die Mobilisierung der Delegierten fällt in vielen Kreisen und Städten nach wie vor schwer, was sich auch negativ auf die Beschlussfähigkeit der LSK auswirkt. Der LAK Basisarbeit soll daher helfen, die SchülerInnen zu mobilisieren, auch, damit die Arbeit auf allen Ebenen während oder nach den Sommerferien nicht zum Stillstand kommt, da zu dieser Zeit immer viele Aktive ihren Schulabschluss machen und daher nicht mehr in den Sven mitwirken können.

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 0; Enthaltung: 0

=> Antrag VA 3 ist einstimmig angenommen

GO-Antrag auf das Vorziehen der Nachwahlen und Entlastungen; Inhaltliche Gegenrede;

Go-Antrag auf weiter pro und contra Rede;

Dafür: 14; Dagegen: 12; Enthaltungen: 5

=> der Antrag ist somit angenommen

TOP 3: Entlastungen der ausgeschiedenen AmtsträgerInnen

Jamina Diel

=> entlastet bei 28Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.

Cedric Jürgensen

=> entlastet bei einstimmig Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

Patrick Simon:

=> entlastet bei 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen.

Verwarnung Patrick Simon wegen Werfens einer Flasche auf den Protokollrechner

Go-Antrag auf 5 Minuten Pause

Dafür: 13; Dagegen: 17; Enthaltungen: 1

=> Go-Antrag wurde somit nicht angenommen

Wahl des Wahlausschuss

Es kandidieren: Luisa Budras, Theresa Simon, Leo Wörtche, Joshua Peaceman, Sonja Schmahl
Patrick Simon

Go-Antrag auf Blockwahl, Inhaltliche Gegenrede

Dafür: 9; Dagegen: 10; Enthaltungen: 6

=> Go-Antrag ist somit nicht angenommen

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

Luisa Budras: 21 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen → Nicht gewählt.

Theresa Simon: 16 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen → Nicht gewählt.

Leo Wörtche: 22 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen → Nimmt Wahl an.

Joshua Peaceman: 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen, 12 Enthaltungen → Nicht gewählt..

Sonja Schmahl: 25 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen → Nimmt Wahl an.

Patrick Simon: 23 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen → Nimmt Wahl an.

Somit sind Patrick Simon, Sonja Schmahl und Leo Wörtche in den Wahlausschuss gewählt

Go-Antrag auf Vorziehung des Antrags A1

=> Keine Gegenrede somit ist der Go-Antrag angenommen

TOP 4,5,6: Nachwahlen zum Landesvorstand, Wahlen zur Bundesebene, Wahlen zum Landesausschuss

Nachwahlen zum Landesvorstand (2 freie Plätze)

Es kandidieren: Miriam Koelges, Michelle Paulus, Marie Langguth

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

Miriam Koelges: 28 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen → Nimmt Wahl an.

Michelle Paulus: 30 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen → Nimmt Wahl an.

Marie Langguth: 15 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen → Nimmt Wahl (nicht) an.

Somit sind in den Landesvorstand nachgewählt: Michelle Paulus und Miriam Koelges

GO-Antrag auf Rückholung des GO-Antrags auf Vorziehen des Antrags A1

Dafür 28 Dagegen 2 Enthaltungen 2

=> Somit ist der GO-Antrag angenommen

Nachwahlen zur Bundesebene

Es kandidiert: Marie Langguth

Go-Antrag auf offene Wahl, Inhaltliche Gegenrede

=> Somit nicht angenommen

Wahlwiederholung zur Wahl der Bundesebene aufgrund eines Betrugsversuchs

Die Auszählung der Stimmen ergibt für:

Marie Langguth: 25 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen → Nimmt Wahl an.

=> Somit ist in die Bundesebene nachgewählt: Marie Langguth

Antrag A1: Erziehung zu kritischem Denken

AntragstellerIn: LaVo 2010/2011

Antragstext:

Die LSV Rheinland-Pfalz soll sich für eine Erziehung zu kritischem Denken an Schulen in Rheinland-Pfalz einsetzen. Dazu soll unter anderem im Schulgesetz des Landes Rheinland-Pfalz der Paragraph §1 (2) die Passage

„In Erfüllung ihres Auftrages erzieht die Schule [...] zur Bereitschaft, Ehrenämter und soziale und politische Aufgaben im freiheitlich-demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu übernehmen [...]“

geändert werden in:

„In Erfüllung ihres Auftrages erzieht die Schule [...] zur Bereitschaft, Ehrenämter und soziale und politische Aufgaben zu übernehmen sowie kritisch politische und gesellschaftliche Systeme und Handlung unter Berücksichtigung der historischen Bedeutung und im internationalen Vergleich zu beleuchten [...].“

Weiterhin möge sich die LSV für eine Änderung der Landesverfassung bezüglich Artikel 33

„Grundsätze für die Schulerziehung“

Die Schule hat die Jugend zur [...] zu sittlicher Haltung und beruflicher Tüchtigkeit und in freier, demokratischer Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung zu erziehen.

In

„Grundsätze für die Schulerziehung“

Die Schule hat die Jugend [...] zu sittlicher Haltung und beruflicher Tüchtigkeit und in kritischer Auseinandersetzung mit politischen Systemen, Handlung und der freien, demokratischen Gesinnung im Geiste der Völkerversöhnung, deren historischer Bedeutung und dem internationalen Vergleich zu erziehen.“

Außer der alleinigen theoretischen und juristischen Änderung im Schulgesetz bzw. der rheinland-pfälzischen Landesverfassung soll der Landesvorstand weiterhin Aktionen starten, die die Forderung und vor allem deren Umsetzung durch das Bildungsministerium unterstützen und sich unter anderem für eine kritischere Auseinandersetzung mit politischen und gesellschaftlichen Themen in der Unterrichtsgestaltung, aber insbesondere auch im allgemeinen Schulalltag aussprechen.

Begründung:

Der Grundsatz, Schülerinnen und Schüler zum eigenverantwortlichen Urteilen zu erziehen, soll auch bei der Auseinandersetzung mit Staats- und Gesellschaftssystemen Anwendung finden, um eine möglichst unvoreingenommene Herangehensweise an dieses Themenfeld zu gewährleisten. Derzeit wird dies, insbesondere in den gemeinschaftskundlichen Fächern, die dieses Themenfeld konkret behandeln, vernachlässigt, Häufig werden fremde Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftssysteme, ob in Hinblick auf Funktionalität oder auch die zu Grunde liegenden Wertvorstellungen, von vorne herein als weniger sinnvoll dargestellt und so nur einseitig beleuchtet. Zwangsläufig ist das Ergebnis des Unterrichts somit, dass das System der Bundesrepublik Deutschland, bzw. Die westliche Ordnung und Weltanschauung, das einzig Sinnvolle ist. Den Lernenden wird so eine beschränkte Sichtweise vermittelt. Wünschenswert wäre es jedoch, auch das System in dem wir leben einer kritischen Untersuchung zu unterziehen, um jedem Schüler und jeder Schülerin letztlich in seiner oder ihrer selbstbestimmten Meinungsfindung zu fördern.

Nur so kann das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in seiner ganzen Spannweite wahrgenommen werden.

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 0; Enthaltung: 4

=> Antrag A 1 angenommen

Verfahrensvorschlag die Bearbeitung des Antrags A5 vorzuziehen

Dafür: Mehrheit auf Sicht; Dagegen: 3; Enthaltungen: 1

=> Somit ist der Vorschlag angenommen

Antrag A5: Vertrauenslehrer

AntragstellerIn: Lukas Böhm

Antragstext:

Die LSK möge Punkt 4 des Grundsatzprogramms um folgenden Text ergänzen:

„4.1 Vertrauenslehrer

Um ihrem Anspruch, die Vertretung für alle Schüler in Rheinland-Pfalz zu sein, auch gerecht werden zu können, fordert die LSV die stärkere Förderung und Weiterentwicklung des Amtes der Vertrauens-/Verbindungslehrer. Möglichkeiten dazu sind beispielsweise eine Reduzierung der Anzahl der Wochenstunden für einen Vertrauenslehrer, eine höhere Bezahlung, das Ausbauen der Rechte eines Vertrauenslehrers oder die Entbindung von der gleichzeitigen Rolle eines Klassenlehrers.

Begründung: Die momentane gesetzliche Lage verhindert durch die Mehrfachbelastungen von Lehrern, dass ein Vertrauenslehrer im notwendigen Maße die betreffende Schülervertretung unterstützen kann, was sich besonders negativ auf die Arbeit von Sven an Realschulen plus und Hauptschulen niederschlägt. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Aktiven in diesen Schulformen schlicht jünger sind als in anderen, was sie in ihrer Mobilität, der Sicherheit im Umgang mit den eigenen Rechten als SV aber auch einfach in der Dauer ihrer Amtsausübung einschränkt. Findet jedoch die SV-Arbeit in diesen Schulformen weniger effizient statt als zum Beispiel an Gymnasien, sind diese Schulformen auch in Kreis-SVen sowie bei den Delegierten zur LSK unterrepräsentiert. Die Probleme, die Ämter in der LSV tatsächlich satzungsgemäß quotiert nach Schulformen zu besetzen, sind ein Beleg für die Existenz dieses Problems, dem sich die LSV, möchte sie ihrem Anspruch, tatsächlich G(!)LSV zu sein gerecht werden, dringen annehmen muss.

Ein erster Schritt dazu ist die Forderung nach einer Verbesserung der Arbeitssituation von Vertrauenslehrern speziell in diesen Schulformen.

Sämtliche hier gemachten Feststellungen beruhen auf den Ergebnissen, die ich im Rahmen meiner Facharbeit „Schülervertretungen in Rheinland-Pfalz“ erzielen konnte, für die ich Material von über 50 rheinland-pfälzischen SVen auswertete.

Änderungsantrag zu A5

Der Antrag soll als normaler Antrag behandelt werden und nur in die Beschlusslage aufgenommen werden.

Der Änderungsantrag wurde vom Antragsteller angenommen

=> Somit ist der Änderungsantrag angenommen

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 0; Enthaltung: 2

=> Antrag A 5 ist angenommen

TOP 6: Wahlen zum Landesausschuss

Da niemand kandidieren möchte findet keine Wahl statt.

TOP 7: Anträge an die 52. LSK

Antrag A2: Frauenrolle in Schulbüchern und Lehrplänen

AntragstellerIn: LaVo 2010/2011

Antragstext:

Der Landesvorstand der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz soll sich für eine kritische Hinterfragung und Bearbeitung der Rolle der Frau in Schulbüchern und in Lehrplänen einsetzen. Es soll nicht das veraltete Bild der der Frau des 19. Jahrhunderts beibehalten, sondern die Rolle der emanzipierten Frau gestärkt werden. Die Lehrpläne in Deutsch und Geschichte sollen mehr Frauen behandeln und im Unterricht soll die Rolle der Frau in den einzelnen Geschichts- und Literaturepochen kritisch betrachtet und behandelt werden.

Begründung: In Schulbüchern sind knapp 20% der abgebildeten Personen Frauen. Nur 10% dieser Frauen sind jedoch als gewerbstätig dargestellt und dabei nur als Sekretärinnen, Raumpflegerinnen, Kassiererinnen, Krankenschwestern, usw. Die übrigen 90% sind Hausfrauen und Mütter, die putzen, kochen, backen und einkaufen gehen. In Mathematikbüchern z.B. sind Männer diejenigen, die ein Haus bauen, die Fläche des Grundstückes vermessen oder einen Kredit aufnehmen. Frauen dagegen kaufen Kleidung, Lebensmittel oder Putzmittel ein. Das Problem dabei ist, dass den Schülerinnen und Schülern so eine sehr veraltete und diskriminierende Rolle der Frau gezeigt wird und sie sich so auch ein falsches Bild der Realität machen. Mädchen könnten so später Probleme bekommen, sich in anderen Berufen zu behaupten, oder sich selbst um Finanzen und Kredite zu kümmern, die nach den meisten Schulbüchern „männersache“ sind. Auch in vielen Lehrplänen, z.B. in Geschichte, werden die Frauen ausgelassen, nur Männer sind diejenigen, die die Geschichte voran bringen oder besonders gute Ideen haben. Auch wenn früher die Rolle der Frau abgewertet und als sehr unwichtig gesehen wurde, ist es sinnvoll im Unterricht die Gründe und Umstände zu behandeln, um ein allgemeines Verständnis und Bewusstsein über die Rollen der Frau in der Geschichte zu schaffen. So wird auch das kritische Denken der Schülerinnen und Schüler gefördert.

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 3; Enthaltung: 5

=> Antrag A 2 ist angenommen

Antrag A3: Religionsunterricht und religiöse Bezüge

AntragstellerIn: LaVo 2010/2011

Antragstext: *Die 52. LSK möge beschließen:*

Der Landesvorstand soll sich dafür einsetzen, dass religiöse Bezüge, vor allem der Satz zur Erziehung zur Gottesfurcht innerhalb der Schule, aus der rheinland-pfälzischen Landesverfassung gestrichen werden. Stattdessen fordert die LSV weiterhin ein neutrales Unterrichtsfach zum Ersatz des aktuellen Religionsunterrichtes. Dieser Unterricht soll ein objektives Bild über verschiedene Religionen, Weltanschauungen und Ethik geben sowie über Religionskritik aufklären und somit einen umfassenden Eindruck bei den SchülerInnen schaffen. Der Besuch eines spezifischen Reli-

gionsunterrichtes, den es für alle Weltreligionen geben muss, soll freiwillig neben dem neuen Unterrichtsfach angeboten werden und ab der Klassenstufe 7 wählbar sein.

Begründung:

In der rheinland-pfälzischen Landesverfassung ist festgelegt, dass „Die Schule [...] zur Ehrfurcht vor Gott“ erziehen soll. Damit ist jedoch nicht irgendein Gott gemeint, sondern der christliche Gott und kein anderer. Dieser Satz widerspricht also von Grund auf der Religionsfreiheit, die im Grundgesetz verankert ist. Die Schule gibt nur einen einseitigen Religionsunterricht, der vom ersten Schuljahr an verpflichtend ist. Ein Wechsel in Ethik ist zwar möglich, wird aber kaum wahrgenommen. Innerhalb der Schule hat das Christentum also eine Vormachtstellung, während andere Religionen ihren Unterricht außerhalb der Schule leisten. Zudem darf die Kirche – und nicht das Land – bestimmen, welche LehrerInnen eingestellt werden. Vertreten diese nicht die konkrete Einstellung, so ist es den Kirchen bei weitgehender Umgehung des Arbeitsrechtes erlaubt, die Lehrkräfte abzusetzen. Die Kirchen üben hier also massiven Einfluss auf Schule und Unterricht aus und werden kritischen Unterricht eher nicht zulassen, während andere Religionen vernachlässigt werden. Ein neues Ersatzfach soll deshalb umfassen über Religionen und Religion an sich aufklären sowie andere Weltanschauungen darstellen. Dadurch ist die Religionsfreiheit und vor allem die freie Wahl der Religionsanschauung gewährleistet und eine Manipulation ausgeschlossen. Wenn ein/e SchülerIn jedoch mehr über sein/ihre Religion erfahren möchte, sollte die für alle Religionen jedoch auch gewährleistet sein. Deshalb soll ab der 7. Klasse auch ein zusätzlicher, freiwilliger Unterricht angeboten werden.

Änderungsantrag zu A3

Streichung des letzten Satzes

Hinzuzufügen

„Dazu soll es zudem einen neuen Ausbildungsweg für LehrerInnen dieses Faches geben. Die Lehrpläne sollen ohne Einfluss der Religionsverbände erstellt werden.“

Ja: Mehrheit auf Sich; Nein: 0; Enthaltung: 4

=> Antrag A3 ist angenommen

Antrag A4: Bildungsföderalismus

AntragstellerIn: Sebastian Gräber

Antragstext:

Die 52. LSK möge beschließen: Die LSV Rheinland-Pfalz soll sich bei einer Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern dafür einsetzen, dass die Kompetenz der Länder uneingeschränkt erhalten bleibt. Eine Lockerung zur finanziellen Unterstützung wird durchaus gewünscht, eine Kompetenzvermischung oder gar eine Übernahme durch das Bundesministerium lehnt die LSV jedoch ab.

Begründung: Nachdem die große Koalition 2009 ein Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern eingeführt hat, werden in letzter Zeit immer mehr Forderungen nach einer Lockerung dieses Verbotes laut, die vor allem finanzielle Hintergründe haben. Zur Unterstützung der Länder soll es möglich sein, dass das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Gelder umverteilen kann. Bei diesem Vorschlag schwingt jedoch oft auch die Idee der Kompetenzvermischung mit. Dieser Idee sollte sich die LSV jedoch entgegenstellen, da der Bildungsföderalismus durch seinen Sinn hat. Eine Zentralkompetenz seitens der Bundesregierung ist zu vermeiden, da diese sehr Standortfern ist und die regionalen Unterschiede und Gegebenheiten nicht berücksichtigt. Eine Vereinheitlichung des deutschen Schulsystems, das angeblich bessere Vergleichbarkeit schaffen soll, käme einer Gleichschaltung gleich, die die Einzelinteressen stark vernachlässigt und dem Schulsystem insgesamt schaden würde. Eine finanzielle Unterstützung wäre aufgrund der Finanzlage jedoch durchaus zu begrüßen.

Ja: Mehrheit auf Sicht; Nein: 0; Enthaltung: 3

=> Antrag A 4 ist angenommen

*Go-Antrag auf Schließung des Plenums, Inhaltliche Gegenrede
Go-Antrag auf weiter Pro und Contra Rede*

Der Präsident Philipp Bodewing ruft zur Sache!

*Dafür: 9; Dagegen: Mehrheit auf Sicht; Enthaltungen: 0
=> Somit ist der Go-Antrag nicht angenommen*

*GO-Antrag auf Nichtbehandlung des Antrags A6, Inhaltliche Gegenrede
Dafür: 9; Dagegen: Mehrheit auf Sicht; Enthaltungen: 1
=> GO-Antrag abgelehnt*

Verwarnung Niklas Beinghaus wegen Werfens eines Papierstücks auf den Redner

Antrag A6: Kaugummikauen im Unterricht

AntragstellerIn: Klara Mladinic

Antragstext: *Die 52. LandesschülerInnenkonferenz beschließt:*

Die LSV setzt sich für mehr Kaugummikauen im Unterricht ein. Die jetzigen Verbote gegen Kaugummikauen im Unterricht sollen aufgehoben werden. Das Kaugummikauen während des Frontalunterrichts soll gefördert werden. Vor Klassen und Kursarbeiten sollen die SchülerInnen jedoch über die Ablenkung des Kaugummikauens während des Schreibens aufgeklärt werden.

Begründung: Kaugummikauen im Unterricht steigert die Konzentrationsfähigkeit und verlängert die Aufnahmefähigkeit bei Frontalunterricht. Zudem macht es auch noch Spaß. Durch Verbote wird das Kaugummikauen und an Tische kleben nur zur lustigen Rebellion. Jedoch könnte die Schule viel sinnvoller den Schülerinnen und Schülern Ordnung beibringen, ohne Zwan einer oder eines Bevormunder(s)In. Wann sollen sie es sonst lernen, wenn nicht in der Schule? In Arbeiten jedoch lenkt Kaugummikauen ab, da der Mensch denken, schreiben und kauen muss. Dies sollte nicht verboten werden, sondern die Schülerinnen und Schüler sollen darüber aufgeklärt werden. Genau dies fördert auch das eigenständige Denken und kritisch hinterfragen, statt sture Befolgung oder Rebellion.

Go-Antrag auf Vertagung von Antrag A6 auf einen anderen Zeitpunkt an dem alle der Konferenz beisitzenden einen Testkaugummi haben

Weiterführender Go-Antrag auf eine Mindestpromillezahl von 0,4

Außerdem soll in die Kaugummis „LSV“ gestempelt werden und Cannabis enthalten

*Dafür: 15; Dagegen: 10; Enthaltungen: 4
=> Somit ist der Go-Antrag angenommen*

Abstimmung über die Einbringung des Initiativantrags

Dafür: 19 Dagegen: 6 Enthaltungen: 1

=> angenommen

Antrag IA1: Hört, hört der hohe Rat der LSV spricht

AntragstellerIn: Kim Laura Hoffmann, Magdalena Schwarz, Lina Brüssel, Leon Schwedler, Theresa Simon

Antragstext:

Der jeweilige Vorstand des LSV Fördervereins bildet automatisch den Hohen Rat der LSV. Der Vorstand ist berechtigt, jeweils den Titel König bzw. Königin der LSV RLP zu tragen. Der hohe Rat ist grundsätzlich unfehlbar, seine Entscheidungen sind für alle Gremien der LSV bindend.

Begründung: erfolgt mündlich

Philipp Bodewing ruft Lina zur Sache

Änderungsantrag 1 zu IA 1:

ans Ende sollte angehängt werden „ Anarcho-kommunistische Monarchie.“
=> Der Änderungsantrag wird von den AntragsstellerInnen übernommen.

Änderungsantrag 2 zu IA1:

Die Internationale soll als Hymne der neuen LSV Monarchie dienen.

*Go-Antrag über die sofortige Abstimmung des Änderungsantrags 2
Dafür 0 Dagegen Mehrheit auf Sicht Enthaltungen 1*

=> Der Änderungsantrag wurde von den AntragsstellerInnen angenommen

Änderungsantrag 3 zu IA1

ans Ende sollte angehängt werden „ Der MonarchIn soll stets eine Bürgerkronenkrone tragen.
=> Der Änderungsantrag wurde von den AntragsstellerInnen angenommen

*Go-Antrag auf sofortige Abstimmung
Dafür: 12; Dagegen: 5; Enthaltungen: 0*

Dafür: 11; Dagegen: 11; Enthaltungen: 0

=> der Initiativantrag ist abgelehnt

*Go-Antrag auf sofortige Schließung des Plenums
Dafür 13 Dagegen 6 Enthaltungen 3
Das Plenum wird geschlossen!*

Sonntag, 29. Mai 2011

*Abstimmung über das Einbringen des Antrages IA 2
=> Angenommen bei 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen.*

Antrag IA2: Rechts des Rheins ist auch noch Mainz

AntragstellerIn: Kim Laura Hoffmann, Magdalena Schwarz, Lina Brüssel Leon Schwedler, Theresa Simon, Klara Mladinic

Antragstext:

Die LSV RLP soll sich zur Rückgliederung der durch Hessen annektierten, ehemaligen Mainzer Stadtteilen Mainz Amöneburg, Mainz-Kostheim Mainz-Kastel, Mainz-Gustavsburg, Mainz-Ginsheim und Mainz-Bischofsheim zurück nach Mainz einsetzen.

Begründung: erfolgt mündlich

Der Präsident ruft Klara M. zur Ordnung.

ÄA1: Streichung der Orte „Mainz-Ginsheim“ & „Mainz-Amöneburg“

4 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen

=> Antrag IA2 abgelehnt.

TOP 8: Sonstiges

Plenum geschlossen

Ende der LSK: 10.31 Uhr-

Für die Richtigkeit:

Philipp Bodewing (Präsident);
Lina Brüssel (Vertreterin)

Niklas Beingaus (Protokollführung);
Sebastian Sprenger (Vertreter)

Marlene Schmahl (Technische Assistentin);
Klara Mladinic (Vertreterin)